

„KULTUR SOLL AUSDRUCK UNSERER FREIHEIT SEIN“.

---

*Ein Nachwort zur Kulturpolitik der DDR im Jahr 1990 für demokratischen Neubeginn und die Einheit in Deutschland.*

„Westwärts schweift der Blick: ostwärts streicht das Schiff“. Des Seemanns Lied im ersten Aufzug von Richard Wagners „Tristan und Isolde“ politisch gewendet, könnte als Sinnbild gelten für die zwiespältige Situation in der demokratischen Endphase der DDR. Das Volk der DDR befreite sich selbst von der Herrschaft der SED, von ihrem Staat und Zwangsapparat. Es schickte sich an, die „verdeckten Wunden der Gesellschaft“ offenzulegen und die „eigentliche Erbkrankheit der sozialistischen Gesellschaft, den diktatorischen Zentralismus“ zu überwinden. Kultur sollte Ausdruck der neugewonnenen Freiheit werden (1). Nie mehr durfte Kultur und Kunst für die ideologische Legitimation und politische Herrschaft einer Partei herhalten und für die Indoktrination der Menschen missbraucht werden. Der Auslieferung des Kulturbetriebes an den Funktionsapparat der politischen Verwaltungen und künstlerischen Verbände war kompromisslos und entschieden die Grundlage zu entziehen. Doch das Ausleben der demokratischen Errungenschaften mit eigener Kraft und im eigenen Staat gelang nicht. Die marode Hinterlassenschaft der SED mit ihren unabweisbaren materiellen Zwängen im Staat, gefährdeten Freiheit und Demokratie. Der „westwärts schweifende Blick“, das mehrheitliche Votum für die rasche Herstellung der deutschen Einheit, war deshalb vernünftig, zukunftsfähig und von guter Tradition. Es gab keinen anderen Weg, Errungenschaften der „Friedlichen Revolution“ zu retten. Doch mit dem Ruf der Hunderttausenden auf den Demonstrationen im Lande: „Wir sind ein Volk!“ trennten sich namhafte Schriftsteller, Intellektuelle und Künstler jetzt vom Hauptstrom der Entwicklung, die rasch aus den Verhältnissen der kollabierenden DDR heraus in die staatliche Einheit der Deutschen drängte. Die dünne Decke der Notgemeinschaft zwischen dem Volk und seinen Künstlern zerriss und offenbarte das neue Elend der Intellektuellen, wie Monika Maron den tiefen Abgrund zwischen ihnen und dem Volk nannte. Auch manchem „politischen Steuermann“ und Akteur des Umbruchs fiel es nicht leicht, im persönlichen Widerstreit von Gefühl und Verstand, von Gewinn und Verlust, die Richtung für eine Zukunft in Würde zu bestimmen und Kurs zu halten, auf die schnelle Einigung der Deutschen, die einen sicheren Hafen verhiess.

Nach einem Vierteljahrhundert breitet sich der „Mantel der Geschichte“ über das Geschehen von einst im Osten Deutschlands. Ich bin davon überzeugt, dass der gemeinsame Weg der Deutschen für die Mehrheit der Bevölkerung als ein Gewinn und Fortschritt im persönlichen und gesellschaftlichen Leben gewertet wird. Es ist wieder zusammengekommen, was durch Sprache, Geschichte und Kultur zusammengehörte. Die durch staatliche und politische Teilung zerrissenen Kulturräume und künstlerisch-architektonischen Ensembles, wie die Preußischen Schlösser und Gärten, Museen, Bestände von Bibliotheken und Sammlungen, sind wieder zusammengeführt, weitgehend von den Folgen der Vernachlässigung und Verwahrlosung befreit und in ihrer historischen Schönheit und herausragenden Bedeutung wiedererstanden. Die Begegnung mit ihnen erfüllt zahlreiche Menschen stets aufs Neue mit Stolz und Dankbarkeit.

Die Fakten des Geleisteten sind besser als mitunter die Stimmung im Land. Es ist mehr erreicht als noch wahrgenommen wird, denn vieles ist bereits selbstverständlich geworden. Heute gehören demokratische Freiheiten zur gelebten Wirklichkeit und werden weitgehend

als Allgemeingut wahrgenommen. Die Aufarbeitung jenes einmaligen Geschehens, das nunmehr als „Friedliche Revolution“ in die deutsche Geschichte Eingang gefunden hat, ist umfänglich geraten, wenngleich noch nicht frei von Interessen geleitet. So werte ich die zurückhaltende und mitunter stille Wortmeldung aus dem Kreis der Erlebnisgeneration im Osten für einen schmerzlichen Mangel. Andere haben die Deutungshoheit über die Ereignisse des demokratischen Umbruchs und die Überwindung des diktatorischen SED-Regimes übernommen. Es nimmt nicht Wunder, dass die Akteure des kulturpolitischen Neubeginns für Demokratie und die Einheit in Deutschland heute dem Vergessen anheim gefallen sind. Das geschichtliche Gedächtnis versagt hier kläglich. In einer besonders schwierigen und labilen Zeit hatten sie Verantwortung übernommen. Sie widerstanden den lautstarken und bisweilen handfesten Provokationen von ehemaligen Funktionären der Kultur und Kunst, mit denen sie die Einheit zu verteufeln suchten ebenso wie den Skeptikern aus dem Westen, denen Kultur und Kunst der DDR gänzlich dem Machtanspruch der Kommunisten erlegen schien. Beharrlich bestanden sie auf der kulturellen Dimension der Wiedervereinigung, was schließlich mit der Kulturklausel in einer programmatischen Form gelang. Das letztendliche Votum für die Kultur im Einigungsvertrag kann in seiner Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden, trug es doch einem umfassenden, komplexen Verständnis von dem Rechnung, was zusammenkommen sollte. Damit veränderte sich grundlegend der Charakter der Übereinkunft zur Einheit Deutschlands. Die Kulturklausel trägt den Ausdruck einer geteilten Nation. Einzig an dieser Stelle wendet sich der Einigungsvertrag der subjektiven Befindlichkeit der Menschen zu. Vierzig Jahre staatlicher Teilung mit je unterschiedlichen Sozialisationen der Menschen, hatten Spuren in ihrer Subjektivität hinterlassen, tiefgreifende Unterschiede in den Lebens- und Denkweisen, in Empfindungen und Emotionen, in verschiedenen Sinnansprüchen und Lebensentwürfen. Die innere Einheit zu erreichen, war deshalb keine Angelegenheit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, der Angleichung der Sozialsysteme und der materiellen Situation der Menschen im Osten allein. Die staatliche Einheit konnte auf Dauer nur gelingen, wenn auch Leitbilder und Wertmuster des Lebens sich angleichen, Motive gemeinsamen Stolzes und Anlässe von nationaler Identifikation die Menschen in Ost und West verbanden. Das gemeinsame kulturelle Erbe, die in der Geschichte gewachsenen Kulturlandschaften mit ihren Erinnerungsorten, Bauten und Kunstwerken von nationalem und internationalem Rang und nicht zuletzt die deutsche Sprache eröffneten die Chance zu Wurzeln der weiterbestehenden Einheit der Nation zu finden und bewusst werden zu lassen. Der Umgang mit ihnen sollte das in den Jahren der Teilung gemeinsam Gebiebene erleben und erfahren lassen. Darin lag die Hoffnung begründet, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen, ihre Verbundenheit miteinander stärken zu können, in der Kulturnation Geborgenheit zu finden und damit dominierende Probleme geistiger Integration überwinden zu helfen. In diesem Verständnis avancierte Kultur und Kunst als unersetzlich und unverzichtbar für die Einigung der Deutschen.

Enthält die Kernaussage der Kulturklausel im Einigungsvertrag eine Botschaft für die Gegenwart und hätte sie Bedeutung in den Herausforderungen der Zeit?

Wir sehen uns heute vielfältigen Risiken ausgesetzt, deren zerstörerisches Potential Freiheitsrechte der Bürger, ihre materielle Existenz, Werte des Gemeinwesens und Grundlagen der Demokratie selbst anzutasten drohen. Zugleich wächst in politischen Kreisen das Bestreben, eine Alternative zur deutschen Zurückhaltung durch die Übernahme außenpolitischer Verantwortung zu entwickeln. Im Kontext dazu finden wir in Staat und Gesellschaft eine Situation vor, die der Historiker Arnulf Baring in seinem jüngsten Buch als Verlust an nationaler Identität und Unkenntnis der eigenen Interessen beklagt. „Wir wissen nicht, wer wir sind. Das ist die deutsche Frage, sie gilt heute, mehr denn je.“<sup>(2)</sup> Nach 25 Jahren der deutschen Einheit sei es dem Staat nicht gelungen, zu einer angemessenen Form der Selbstdarstellung zu finden, weder Staatsarchitektur, noch Staatsfeiertage entsprechen in ihrer

Gestaltung dem Anspruch des veränderten Deutschlands und seiner Rolle in Europa und in der Welt. Ein Defizit an positiven politischen und gesellschaftlichen Gemeinschaftserlebnissen sei evident. „Ohne gemeinsam bejahte politische Symbole und Rituale gibt es kein Zusammengehörigkeitsgefühl“.(3) Wir bedürfen aber der Erlebnisse einer Gemeinschaft, der Bildung von positiven Traditionen, weil sie das Gefühl von Geborgenheit stiften und der Einzelne sich aufgehoben fühlen kann, betont Baring.

Wer seine nationalen Interessern nicht kennt und uneins ist mit sich selbst, wird weder kraftvoll Angriffen von außen auf Freiheiten seiner Bürger, die das Grundgesetz schützt, begegnen können, noch den Integrationswillen und das Heimischwerden von Zugereisten stärken oder glaubwürdig und verlässlich Verantwortung in Europa und in der Welt übernehmen können.

Der öffentliche Diskurs zur Rolle Deutschlands in der Welt, die öffentliche Debatte über unsere Werte, Ziele und Interessen sind unerlässlich, weil sie der gesellschaftlichen Akzeptanz bedürfen. Die Vergewisserung in der Geschichte, die Selbsterfahrung im Umgang mit Kultur und Kunst und die Aneignung der Botschaften unseres klassischen Erbes von persönlicher Autonomie, Verantwortung und national-kultureller Identität sind und bleiben wichtig.

### **Literatur:**

1. de Maiziere, Lothar  
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere, abgegeben vor der Volkskammer der DDR am 19.April 1990, KAS, Archiv f. Christlich-Demokratische Politik, S. 1-6
2. Baring, Arnulf  
Der Unbequeme  
Berlin: Europa Verlag Berlin, 2013, S. 296
3. Baring, Arnulf  
Ebenda, S. 285